

## 1.4. Deutsche Zentrumspartei

### 1.4.1. Gründungsphase

Noch während des Krieges fanden in den Kreisen ehemaliger Zentrumsmitglieder Überlegungen darüber statt, wie der enge konfessionelle Rahmen des Zentrums erweitert werden könne. Die neu zu gründende Partei sollte nicht mehr auf kirchlich christlicher Basis gegründet sein, sondern eine dem Naturrecht entsprechende ideologische Grundlage erhalten.<sup>1</sup>

Im westfälischen Raum, einer traditionellen Hochburg des Zentrums vor 1933, gingen Initiativen zur Gründung des Zentrums von den Städten Dortmund, Paderborn und Münster aus, doch führten die Vorgespräche im sogenannten „Wattenscheider Kreis“, die ab Juni 1945 geführt wurden, nicht zu dem erwünschten Resultat. Mit Ausnahme der Paderborner Politiker<sup>2</sup> wandten sich die Münsteraner und die ehemaligen Dortmunder Zentrumsmitglieder um Lambert Lensing im Sommer 1945 der neugegründeten CDP, der späteren CDU zu.<sup>3</sup>

Im Juli 1945 fand eine Zusammenkunft ehemaliger führender Westfälischer Zentrumsmitglieder in Lippestadt statt, an der neben Josef Kannengießer, auch Johannes Brockmann,<sup>4</sup> Fritz Stricker, aus dem Raum Münster Rudolf Amelunxen<sup>5</sup>, Johannes Gronowski<sup>6</sup> und Helene Wessel<sup>7</sup> teilnahmen.

Im Vordergrund standen die Bemühungen darum, evangelische Mitglieder zu gewinnen, um eine bi-konfessionelle Partei ins Leben rufen zu können. Da die evangelischen Geistlichen sich nicht mehr öffentlich politisch engagieren wollten, die Laien meist aber

---

<sup>1</sup> Josef Nietfeld, Die Zentrumspartei. Geschichte und Struktur 1945 – 1958, Phil. Diss. Oldenburg 1981, S. 12f (Im Folgenden als „Nietfeld, 1981“ aufgeführt)

<sup>2</sup> Dabei handelte es sich um den Diözesanpräses der katholischen Arbeiter- und Männervereine, Kaspar Schulte, Pater Hirschmann S.J. und Dompropst Simon.

<sup>3</sup> Nietfeld, 1981, S. 12ff.

<sup>4</sup> Johannes Brockmann, geb. am 17. Juli 1888 in Paderborn, war von Beruf Volksschullehrer. Von 1925 – 1933 war er Mitglied des Preußischen Landtages; seit 1946 hatte er den Vorsitz der DZP inne, seit 1947 war er Mitglied des Landtages in Nordrhein-Westfalen.

<sup>5</sup> Rudolf Amelunxen, geb. am 30. Juni 1888 in Köln, Jurist, von 1925 – 1932 Regierungspräsident von Münster. Seit Juli 1945 war er Oberpräsident der Provinz Westfalen; von Juli 1946 bis Juni 1947 von der britischen Militärregierung ernannter Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.

<sup>6</sup> Johannes Gronowski, geb. am 4. Februar 1874 in Graudenz. Von 1902 - 1908 war er Arbeitssekretär der Christlichen Gewerkschaft für den Bezirk Dortmund Hoerde. Von 1908 – 1922 Geschäftsführer der DZP, von 1908 – 1933 Mitglied des Preußischen Landtags. Von 1922 bis zum Februar 1933 war er Oberpräsident der Provinz Westfalen, seit März 1946 im Vorstand des Landesverbandes der CDU Westfalen-Lippe; von April 1947 an war er Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen.

<sup>7</sup> Helene Wessel, geb. am 6. Juli 1888 in Dortmund, war von Beruf Jugend- und Wirtschaftsfürsorgerin. Seit 1915 war sie Parteisekretärin der DZP in Dortmund Hoerde. Von 1928 – 1933 Mitglied des Preußischen Landtages. Von 1945 an war sie stellvertretende Parteivorsitzende des Zentrums in Nordrhein und Westfalen.

national-sozialistisch vorbelastet waren, kam man zu dem Schluss, am traditionellen katholischen Zentrum festzuhalten.<sup>8</sup>

Am 15. Juli 1945 fand in Lippstadt die zur Konstituierung des neuen Zentrums vorgesehene Tagung statt, auf der es aber wieder zu Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der CDP und des Zentrums kam.

Für die späteren westfälischen Zentrumsmitglieder wurde der 15. Juli 1945 zum „Ausgangspunkt und Impuls“ für die Neugründung des Zentrums.<sup>9</sup>

Mit der Tagung am 30. Juli 1945 in Wattenscheid, auf der es in offenen Auseinandersetzungen um den einzuschlagenden politischen Kurs ging, kam es zum endgültigen Bruch zwischen den beiden christlich orientierten politischen Lagern.

Mit der Zulassung des Zentrums als politische Partei in der britischen Zone und der Ernennung Rudolf Amelunxen zum Oberpräsidenten der Provinz Westfalen erhielten die westfälischen Zentrumsmitglieder eine nicht zu unterschätzende Aufwertung ihres politischen Selbstbewusstseins.<sup>10</sup>

Die ehemaligen Zentrumspolitiker des Rheinlandes setzten sich von Anfang an für die Gründung einer neuen Partei ein, da sie dem Zentrum jede konfessionell und politisch integrierende Kraft absprachen.<sup>11</sup>

Neben Wilhelm Hamacher, der auch an der Programmkommission der CDP zu den Kölner Leitsätzen beteiligt war, sich aber trotzdem für die Neugründung des Zentrums aussprach, gab es weiteres Interesse an eine Neugründung des Zentrums im Rheinland lediglich bei ehemaligen Zentrumsmitgliedern in Düsseldorf. Durch die Gründung der Düsseldorfer CDP wurde jedoch auch diese Gruppe, zu der u.a. auch Richard Muckermann<sup>12</sup> und Josef Gockeln<sup>13</sup> gehört hatten, zu einer Nebenrolle im politischen Spektrum Düsseldorfs verurteilt.

Ein weiterer Versuch zu einer Wiederbelebung des Zentrums erfolgte am 16. August 1945 in Rinkerode bei Münster.

An dem Treffen in Rinkerode nahmen ehemalige Zentrumsmitglieder aus Hannover, der Braunschweiger Umgebung, Hildesheim, Westfalen und dem Rheinland teil. Zwar kam es auch hier zu den offensichtlich unvermeidlichen Auseinandersetzungen zwischen CDP- und

---

<sup>8</sup> Nietfeld, 1981, S. 18f.

<sup>9</sup> ders., S. 20f.

<sup>10</sup> Neben dem Zentrum waren SPD, KPD und die Demokratische Partei zugelassen worden, nicht aber die CDP Westfalens.

<sup>11</sup> Leo Schwering, a.a.O., S. 90; vgl. auch Wieck, 1953, S. 57.

<sup>12</sup> Richard Muckermann, geb. am 28. November 1891 in Bückeburg, war bis 1933 Journalist. Zwischen 1933 und 1945 war er mehrmals inhaftiert. Seit 1946 hatte er den Posten des Chefredakteurs der „Rheinischen-Ruhr-Zeitung“ inne.

<sup>13</sup> Josef Gockeln, geb. am 18. März 1900 in Grosseneder/Westfalen, war bis 1933 Kartellsekretär der christlichen Gewerkschaften und Bezirkssekretär der katholischen Arbeitervereine. Seit 1929 war er Stadtverordneter der Stadt Düsseldorf und stellvertretender Vorsitzender des Zentrums. Seit 1946 gehörte er dem Landtag von Nordrhein-Westfalen an, und war Landtagspräsident.

Zentrumsanhängern, doch war mit dem Treffen in Rinkerode für die Zentrumsbefürworter klar, dass die Konstituierung der Partei nicht mehr hinausgeschoben werden durfte.<sup>14</sup>

Am 14. Oktober 1945 fand das Gründungstreffen in Soest statt, wo 75 Jahre zuvor das 1. Soester Programm des Zentrums verabschiedet worden war. Unter den 57 Gründungsteilnehmern stellte die Gruppe der Westfalen den größten Anteil, neben ihnen waren noch Teilnehmer aus dem Rheinland und Niedersachsen angereist.

Zahlreich vertreten waren neben mittelständischen Angehörigen, Akademiker und Beamte, auffallend war auch die Anzahl der Teilnehmer, die ein politisches Amt bekleideten.<sup>15</sup>

Das Hauptreferat der Konstituierungssitzung hielt Wilhelm Hamacher. Er stellte fest, dass es keine Gespräche mehr über die Möglichkeit gebe, eine andere christliche Partei als das Zentrum zu gründen. In seinem Grundsatzreferat führte er aus, dass das Gewissen die letzte Instanz für politisches Handeln sei. Die Kirche sah er als Grundpfeiler des politischen Lebens. Sie „habe auf der Grundlage des von Gott erlassenen ewigen Sittengesetzes und ihrer Lehre allen Menschen und Völkern die Freiheit eingeräumt, sich für die Gestaltung des öffentlichen Lebens (...) einzusetzen“. Aus dieser Freiheit heraus erwachse die Verantwortung für die Gemeinschaft.

Die Zentrumsgründung sei notwendig, weil nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus mit seinem ‚Diesseitsglauben‘ nur noch die Glaubens- und Sittenlehre einen Neuanfang ermögliche. Eine Trennung von Religion und Politik, wie sie der Liberalismus fordere, sei aus diesen Gründen abzulehnen.

Aufgabe des Zentrums sei es, die religiöse und sittliche Erneuerung des Volkes herbeizuführen. Grundlage der Zentrums politik seien dabei die Enzykliken „Rerum Novarum“, 1891 von Leo XIII. verkündet, und „Quadragesimo Anno“, 1931 von Pius XI. verkündet. Beide Enzykliken bildeten ein Gegengewicht zu materialistischen Sozialismus.

Für Hamacher waren die Versuche einer politischen Zusammenarbeit zwischen Katholiken und Protestanten gescheitert. Das Zentrum sah er als rein katholische Interessenpartei an, die evangelischen Interessen wollte er in einer gesonderten Partei vertreten wissen.<sup>16</sup> Die Aufgabe des Zentrums sah er darin, die katholischen Interessen zu schützen. Davon ausgehend, dass die SPD bei den bevorstehenden Wahlen die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen würde, habe das Zentrum das kulturelle Gegengewicht zur SPD zu bilden.

---

<sup>14</sup>Nietfeld, 1981, S. 39f.

<sup>15</sup>ders., S. 41.

<sup>16</sup>s. dazu: Nietfeld, 1981, S. 42ff.

### **1.4.2. Organisation**

Auf der Soester Gründungstagung wurde Wilhelm Hamacher zum Vorsitzenden der Partei und Fritz Stricker zu seinem Stellvertreter gewählt. Für Westfalen wurde in Münster ein Generalsekretariat errichtet, dessen Leitung zuerst Kassing, später Wenzel übernahm. Im Rheinland leitete Karl Klein das Generalsekretariat in Düsseldorf.

Am 9./10. März 1946 wurde auf dem Essener Parteitag Wilhelm Hamacher als Vorsitzender der Partei bestätigt, Helene Wesel und Carl Spiecker wurden zu seinen Stellvertretern gewählt. Zusammen mit Fritz Stricker, Hans Brockmann, Steffensmaier und Peterburs bildeten sie das Direktorium, die eigentliche Parteileitung. Ihre Aufgabe bestand in der Durchführung einer einheitlichen Politik und der Vertretung der Partei nach außen hin. Zusätzlich zum Direktorium wurde ein 30-köpfiger Hauptvorstand gewählt, dessen Mitglieder in erster Linie der Mittelschicht angehörten.<sup>17</sup>

Organisatorisch stark vertreten war das Zentrum in den Gemeinden des Münsterlandes, im nördlichen Ruhrgebiet und in Niedersachsen. In den Großstädten hatte die CDU durch ihre früher einsetzende Parteiarbeit die potentiellen Mitglieder des Zentrums auf ihre Seite gebracht, so dass dort der Organisationsgrad des Zentrums vergleichsweise gering war. Auch im Rheinland erreichte das Zentrum nach seiner Konstituierung in Soest einen im Vergleich zu seinem vormaligen Mitgliedsstamm eher kleineren Mitgliederstand.<sup>18</sup>

### **1.4.3. Die Presse des Zentrums**

Während die drei „großen“ Parteien, CDU, SPD und KPD, am 26. Februar 1946 die ersten Lizenzen für Tageszeitungen von der britischen Militärregierung erhielten, dauerte es beim Zentrum – und bei der FDP – zwei Monate länger bis auch sie Zeitungslizenzen erhielten. Die erste Zeitung, für die ein Zentrumspolitiker die Lizenz erhielt, war die in Essen erscheinende „Rhein-Ruhr-Zeitung“. Sie trug als Untertitel den Leitspruch des Zentrums „Für Wahrheit, Recht und Freiheit“. Träger der Lizenznummer 49 vom 30. April 1946 waren Dr. Wilhelm Hamacher, Dr. Steffensmeier und Dr. Spiecker, Schriftleiter der Zeitung war Richard Muckermann, als Herausgeber fungierte der als GmbH gegründete Rhein-Ruhr-Verlag in Essen. Die „Rhein-Ruhr-Zeitung“ erschien zum ersten Mal am 14. Mai 1946, dann zweimal wöchentlich, dienstags und freitags, mit einer Auflage von 13.000 Exemplaren.

---

<sup>17</sup> Nietfeld, 1981, S. 67f.

<sup>18</sup> ders., S. 64ff.

Neben der Essener Ausgabe wurden Teilausgaben in Duisburg, Düsseldorf, Wuppertal, Krefeld, Köln, Aachen, Mülheim, Neuss, Mönchengladbach und Siegburg herausgegeben.<sup>19</sup>

1949 entzog die britische Militärregierung Dr. Steffensmeier und Dr. Spiecker die Lizenz für die „Rhein-Ruhr-Zeitung“, da beide zusammen mit dem Schriftleiter Richard Muckermann Mitglieder der CDU geworden waren. Die britische Militärregierung begründete den Entzug mit dem Argument, dass der Charakter der „Rhein-Ruhr-Zeitung“ als zentrumsnahe Tageszeitung durch den Wechsel der Lizenzträger zur CDU nicht mehr gewährleistet sei. Steffensmeier und Spiecker stellten über 5/6 der Kapitalanteile der „Rhein-Ruhr-Zeitung“.<sup>20</sup> Die britische Militäradministration setzte sich damit gegenüber den Protesten des nordrhein-westfälischen Presserates und des Betriebsrates der „Rhein-Ruhr-Zeitung“ durch, die bei einem Ausscheiden von Steffensmeier und Spiecker wirtschaftliche Schwierigkeiten für ihre Zeitung befürchteten.

Am 30. August 1946 erhielten Fritz Erhart, Josef Weiser, Helene Wessel und Dr. Fritz Stricker mit der Lizenznummer 82 die Lizenz für den „Neuen Westfälischen Kurier“, der in Werl erschien. Schriftleiter der Tageszeitung, die 12 Bezirksausgaben umfasste, war Dr. Clemens Altewischer, Herausgeber die Westfälische Verlagsgesellschaft mbH mit Sitz in Werl. Der „Neue Westfälische Kurier“ erschien zum ersten Mal am 6. September 1946, danach zweimal wöchentlich, dienstags und freitags mit einer Auflage von 13.500 Exemplaren.<sup>21</sup>

#### **1.4.4. Die Wirtschaftsprogrammatik des Zentrums**

##### **1.4.4.1. Das „Soester Programm“**

Das in Soest verabschiedete Programm der Deutschen Zentrumspartei setzte sich aus zwei Teilen zusammen. Den programmatischen Richtlinien folgten die angestrebten Arbeitsziele. Das Selbstverständnis des Zentrums war das einer „sozial-fortschrittlichen“ Partei auf „überkonfessioneller und demokratischer Grundlage“. Aufbauend auf Wahrheit, Recht und Freiheit den ewigen Gesetzen des Naturrechts sowie den tragenden Ideen der christlich-abendländischen Kultur sah das Zentrum im Soester Programm Wahrung der Freiheit und Würde des Menschen als „Grundsteine der Gesellschaft und des Staates“.

Im Gegensatz zu den marxistischen Parteien lehnte das Zentrum die totale Allmacht des Staates, ebenso wie den Klassenkampf ab. Angestrebt wurde der umfassende Ausgleich der Lebensinteressen des Volkes. Dazu gehörte neben einem föderalistischen Reichsaufbau, in

---

<sup>19</sup> Handbuch der Lizenzen Deutscher Verlage, 1947, S. 8; vgl. Koszyk, 1986, S. 481.

<sup>20</sup> Hüttenberger, 1973, S. 155f.

<sup>21</sup> Handbuch der Lizenzen Deutscher Verlage, 1947, S. 22; vgl. Koszyk, 1986, S. 482.

dem die Rechte und das Eigenleben der Länder geachtet werden, vor allem eine Neu- und Umgestaltung der Wirtschaftsordnung, um die materielle Lage der Bevölkerung zu verbessern.

Das Zentrum sah sich als „die Partei der Mitte“, eine in den Reden und Aufrufen immer wiederkehrende Formel, und als Partei des Ausgleichs. Es wollte die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse der Weimarer Republik in ihren positiven Ausformungen übernehmen und über diese hinausgehend einen neuen Staat aufbauen. In diesem Zusammenhang wurden ausdrücklich die ehemaligen Anhänger der Deutschnationalen Partei abgelehnt: „Es verwehrt seine Mitarbeit all jenen, die aus Abneigung gegen Demokratie und sozialen Fortschritt den Untergang der ersten deutschen Republik bewirkt und dem Nationalsozialismus die Steigbügel gehalten haben“.<sup>22</sup>

Der zweite Teil des Soester Programms enthält die Arbeitsziele, deren Erfüllung sich die Zentrumspartei zur Aufgabe gemacht hatte:

- Aufbau einer föderativen Republik in einer zukünftigen europäischen Föderation; Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung;
- Schaffung einer sozialen Wirtschaftsordnung;
- Schaffung einer demokratischen Reichsverfassung;
- Bekenntnis- und Schulfreiheit;
- Schutz der Familie und Ehe;
- Überführung der Grundindustrien und des Banken- und Versicherungswesens in Gemeineigentum bei gleichzeitiger Beibehaltung des Schutzes des privaten Eigentums und der unternehmerischen Initiative;
- Entwicklung und Förderung des Mittelstandes;
- Schaffung eines gesunden Bauernstandes, Versorgung der Flüchtlinge mit Bauernstellen;
- Erhaltung des Berufsbeamtentums;
- Gerechter Lastenausgleich für die Opfer des Nationalsozialismus und des Krieges.<sup>23</sup>

Innerhalb des Zentrums wurde Kritik am Soester Programm laut. Wilhelm Hamacher erklärte das Programm als nicht für alle Mitglieder verbindlich. Im Juni 1946 wurde das Soester Programm auf der Rheinischen Delegiertentagung von der bürgerlichen Fraktion offen kritisiert und in Frage gestellt. Dem sozialreformerischen Flügel des Zentrums um Helene Wessel waren die sozialen Anliegen im Programm zu kurz gekommen. Zudem schien dieser Gruppe das Zentrum sich als bürgerliche Partei herauszukristallisieren.<sup>24</sup>

---

<sup>22</sup> Flechtheim, Bd. II, 1963, S. 244.

<sup>23</sup> a.a.O., S. 245.

<sup>24</sup> Nietfeld, 1981, S. 51.

#### 1.4.4.2. Das „Werler Programm“

Die schon in Soest am Zentrumsprogramm geäußerte Kritik führte zu einem neuen Programmentwurf, der ein Jahr nach dem Soester Programm, im Herbst 1946, vorgelegt wurde.

Der Entwurf war im ersten Teil maßgeblich von dem Soziologen Wilhelm Lejeune, einem Vertrauten Spieckers, formuliert worden, das Wirtschafts- und Sozialprogramm war von dem Vizepräsidenten der Essener Industrie- und Handelskammer, Steffensmeier, verfasst worden.

Auf der Hauptvorstandssitzung vor dem Werler Parteitag kam es zu heftigen Auseinandersetzungen über den autoritären Führungsstil des Vorsitzenden, der das Programm ohne Diskussion im Hauptvorstand dem Parteitag vorlegen wollte. Die Kritik richtete sich auch gegen die politische Tendenz des Programmentwurfes, die als „ein ‚Extrakt eines neuen Kant mit Vermengung von Marx und seinen christlichen Anschauungen“<sup>25</sup> bezeichnet wurde. Das Programm sei nicht katholisch genug, wogegen die Verfasser betonten, es sei nun die Möglichkeit gegeben, aus der konfessionellen Bindung des alten Zentrums heraustreten zu können. Zwar gab das Direktorium den Forderungen nach einer weiteren Überarbeitung des Entwurfes statt, doch wurde dort aus zeitlichen Gründen keine umfangreiche Änderung mehr durchgeführt.<sup>26</sup>

In der Präambel des Werler Programms werden als theoretische und zugleich historische Grundlage der politischen Ausrichtung das gottgegebene Naturrecht und Sittengesetz genannt. Auf dieser Grundlage will das Zentrum die Arbeit der ehemaligen Zentrumsführer von Ketteler, Windthorst, Mallinckrodt und Reichensperger weiterführen.

Das Naturrecht sichert Leben und Eigentum der Persönlichkeit, wie das Sittengesetz Freiheit und Gerechtigkeit gewährleistet.<sup>27</sup>

Zentraler Teil des Werler Programms ist das „kulturpolitische Programm der Deutschen Zentrumspartei“.

Die sozialen und wirtschaftlichen Krisen und die Katastrophe des 2. Weltkrieges hatten dem Programm zufolge ihre Ursache in einer tiefgreifenden menschlichen Strukturkrise. Da menschliches Verhalten durch Kultur geprägt wird, sieht die Zentrumspartei Kultur als zentralen Bezugspunkt ihrer Politik an.

---

<sup>25</sup> zit. nach Nietfeld, 1981, S. 81.

<sup>26</sup> ders., S. 80ff.

<sup>27</sup> Kultur-, Wirtschafts- und Sozialprogramm der Deutschen Zentrumspartei von 1946, in: Flechtheim, Bd. II, 1963, S. 245.

Auch der Nationalsozialismus hat seine eigentliche Ursache in dieser Strukturkrise, in deren Folge das menschliche Verhalten durch einen „langen geschichtlichen und seelisch-geistigen Deformations- bzw. Entwicklungsprozess“ entartet ist. Die Faktoren, die zu dieser Fehlentwicklung geführt haben, sind in der mangelhaften Bildung des Menschen – im weitesten Sinne des Begriffes – zu sehen, so dass die Bildungspolitik einen hohen Rang in der politischen Konzeption des Zentrums einnimmt. Das menschliche Sein ist der Grundform nach eine personale Form, d.h. die Spannung der Gegensätze zwischen Individualismus und Kollektivismus ist auf einer höheren Ebene aufzulösen, um dem menschlichen Bedürfnis nach Ausleben seiner Existenz als Individuum und als Teil der menschlichen Gemeinschaft gerecht zu werden.

Die Neugestaltung der Wirtschafts- und der Gesellschaftsordnung, die hier als „drängende Problematik sozialistischer Politik“ bezeichnet wird, könne nur in einer Persönlichkeitskultur gelöst werden. Die Persönlichkeitskultur werde durch geistige Selbständigkeit, Vernunft, Selbstwertgefühl, Sinn für Verantwortung und Freiheit, „Freie Bindung an die höheren statt an die niederen Werte“, „Anteilnahme und Freude am Dasein und Wesen des eigenen und anderen Menschentums“ und „echtes schöpferisches Schaffensstreben“ der ihr angehörenden Mitglieder gekennzeichnet.<sup>28</sup>

Innerhalb dieser Kulturform sei auch eine Sozialisierung möglich, da nur durch den gewährten Rahmen eine Nivellierung des menschlichen Daseins verhindert werde.

„Der echte Sozialismus als wirklichkeitsnahe Methode gerechter Gesellschaftskultur macht vor dem notwendigen Spielraum persönlichen Lebens halt.“ Dazu gehörten in der allgemeinen politischen Konzeption des Zentrums vor allem die Wahrung der Bekenntnisfreiheit und im Zusammenhang damit die Erhaltung der Bekenntnisschule, um den Eltern das Recht einer konfessionellen Erziehung ihrer Kinder zu gewährleisten. Im Hinblick auf die Sozialisierung bedeutete diese Feststellung, dass nur ein System, das die Würde und Freiheit des Menschen gewährleistet, die Gefahren einer Sozialisierung – die in der zentrumspolitischen Konzeption eben mit „Gleichmacherei“ und Nivellierung verbunden war -, verhindern kann.

Was im kulturpolitischen Programm schon andeutungsweise für die Wirtschaftspolitik des Zentrums formuliert wurde, erfuhr eine ausführliche Erklärung im wirtschafts- und sozialpolitischen Programm.

Teil I des wirtschafts- und sozialpolitischen Programms beschäftigte sich mit dem Verhältnis von Bürger und Gesellschaft.

„Ausgangspunkt, Träger und Ziel aller Ordnung und allen Geschehens in Gesellschaft und Wirtschaft ist der Mensch“<sup>29</sup>, der seine Persönlichkeit nur in der Gemeinschaft voll

---

<sup>28</sup> Flechtheim, Bd. II, 1963, S. 249.

<sup>29</sup> Flechtheim Bd. II, 1963, S. 250.

entwickeln könne. Andererseits bedürfe die Gemeinschaft der einzelnen Persönlichkeiten, um ihren Bedürfnissen gerecht zu werden.<sup>30</sup>

Wie das Prinzip der Subsidiarität für das Verhältnis von Mensch und Gesellschaft gelte, so gelte es auch auf staatlicher Ebene für das Verhältnis von „engeren“ und „übergeordneten Lebensbereichen“, sowie für das Verhältnis von Staat und Bürger.

„Die größeren gesellschaftlichen Gebilde müssen den kleineren in eigener Verantwortung überlassen, was diese aus Eigenem erfolgreich meistern können. Dieses Prinzip der ergänzenden Hilfeleistung von oben gilt auch im Verhältnis des Staates zu seinen Bürgern und zu allen innerstaatlichen Gliederungen und Gemeinschaften.“<sup>31</sup>

Aus diesem Grund sollte die Gesellschaft nicht nur in kommunalen sondern auch in wirtschaftlichen und beruflichen Selbstverwaltungskörperschaften organisiert sein. Diese Selbstverwaltungsorgane sollten nach dem Prinzip der ergänzenden Hilfeleistung von oben mit einer dezentralen Struktur aufgebaut werden. Die in ihnen organisierten Menschen sollten paritätisch an der Regelung der sie betreffenden Angelegenheiten mitwirken. Dem Staat falle die Aufgabe zu, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen, d.h. Richtlinien zu setzen und für ihre Einhaltung zu sorgen. Der arbeitende Mensch erhalte so die Möglichkeit, an der Gestaltung seines Lebensbereiches teilzunehmen. Neben diesen berufsständischen Selbstverwaltungsorganen, deren Form nicht mehr näher erläutert wurde, bleiben die „Sonderorganisationen zur Vertretung berechtigter Eigeninteressen“, also Gewerkschaften und Unternehmerverbände, bestehen.<sup>32</sup>

Innerhalb der Betriebe fordert das Zentrum die Mitbestimmung, überlässt dem Arbeitgeber allerdings die letztendliche Verfügungsgewalt über die Investitionen, indem er sich auf das naturrechtlich gegebene Privateigentum beruft.

Aufgabe des Staates besteht darin, durch eine „weitschauende Wirtschaft-, Finanz- und Sozialpolitik“ der Verarmung der Bevölkerung vorzubeugen. Durch „klugplanende Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung und Arbeitslenkung, der Kapital-, Investitions- und Handelspolitik“ sollten die Einkommensquellen geschaffen und gesichert werden.<sup>33</sup>

Im Zeichen der Personalisierung des Menschen steht ebenfalls die Auflösung der wirtschaftlichen Großkonzerne, die zu einer „Verdichtung, Vermassung und Verproletarisierung der Bevölkerung“ geführt haben. Der monopolistischen Konzentration der Wirtschaft und der daraus resultierenden Machtzusammenballung sollte durch eine betont mittelstandsfreundliche Wirtschaftspolitik, die das „Aktien-, Patent-, Konzern- und

---

<sup>30</sup> „So hat jeder einzelne für alle Glieder der Gemeinschaft und das Gemeinschaftsganze einzustehen und die Gemeinschaft als Ganzes für das Wohl aller einzelnen und jedes ihrer Glieder.“ In: Flechtheim, Bd. II, 1963, S. 252f.

<sup>31</sup> ders., S. 253.

<sup>32</sup> ders., S. 253f.

<sup>33</sup> ders., S. 254f.

Steuerrecht“ auf die Bedürfnisse der mittleren und kleineren Betriebe zuschneidet, ein Gegengewicht entgegengesetzt werden.<sup>34</sup>

Teil II des Wirtschafts- und Sozialprogramms wiederholte mit anderen Worten die Grundzüge des ersten Teils. Wichtig für die Thematik „Vergesellschaftung“ ist die Feststellung, dass das Recht auf Sondereigentum grundsätzlich bejaht werde, da es dem Menschen durch Naturrecht verliehen sei, um für sich erfolgreich zu sorgen. Aufgabe des Staates sei die Abstimmung von Gebrauch und Ordnung des Eigentums mit den Bedürfnissen der Allgemeinheit. Um soziale Spannungen zu vermeiden, sei es notwendig, die Zahl der Besitzenden zu vermehren.

Der Staat dürfe, um Machtmissbrauch vorzubeugen, und dem Allgemeinwohl zu dienen, das private Eigentum und die private Wirtschaftsmacht gegen eine angemessene Entschädigung entprivatisieren. Die entprivatisierten Betriebe sollen aber nicht verstaatlicht werden, sondern in gemischtwirtschaftlicher oder genossenschaftlicher Form weitergeführt werden.

Für die Grundstoffindustrien mit ihrer großen Zusammenballung von Kapital und wirtschaftlicher Macht wird eine grundsätzliche Entprivatisierung gefordert. Wichtige Schlüsselprodukte der verarbeitenden Industrie sollten durch öffentliche Organe kontrolliert werden; Kapital- und Investitionspolitik sollte von übergeordneter Stelle erfolgen, das Bankwesen selbst dezentral organisiert werden. Für den privaten, ebenso wie für den staatlichen und gesellschaftlichen Bereich der Großkonzerne sollte eine den technologischen und wirtschaftlichen Erfordernissen angemessene wirtschaftliche Größe nicht überschritten werden.<sup>35</sup> Der Wiederaufbau eines möglichen kriegswirtschaftlichen Potentials sollte durch die Kontrolle der Schlüsselindustrien, die zu dieser Zeit hauptsächlich im Ruhrgebiet angesiedelt waren, verhindert werden.<sup>36</sup>

Das Werler Programm stellt abschließend zu Teil II fest, dass die Verwirklichung der wirtschaftspolitischen Grundsätze durch die Verfügungsgewalt der Alliierten über die deutsche Wirtschaft begrenzt sei.<sup>37</sup>

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass für den wirtschaftspolitischen Teil des Zentrumsprogramms das Fehlen von aussagekräftigen Grundforderungen kennzeichnend ist. Offensichtlich hatte die Programmkommission nur ein im Grundsätzlichen belassenes wirtschaftspolitisches Rahmenkonzept vorgesehen.<sup>38</sup>

---

<sup>34</sup> ders., S. 256.

<sup>35</sup> ders., S. 258f.

<sup>36</sup> ders., S. 261.

<sup>37</sup> ders., S. 259.

<sup>38</sup> Siehe dazu auch: Nietfeld, 1985, S. 83, der feststellt, dass während des Werler Parteitages zwar Kritik an den für zu allgemein befundenen Programmpunkten geübt worden sei, man an sich jedoch mit der Antwort des Direktoriums zufrieden gab, mit dem Programm sei nur ein grundsätzlicher Rahmen abgesteckt worden.

In einem Artikel über den Parteitag von Werl am 18. November 1946 mit der Überschrift „Sofortmaßnahmen für den kommenden Notwinter gefordert“ wird neben einer kurzen Zusammenfassung des Parteitagsgeschehen auch der Inhalt einer Resolution wiedergegeben, die der Parteitag verabschiedet hatte.

Unter der Schlagzeile „Die Zentrumsparlei zeigt den Weg aus wirtschaftlicher und sozialer Not – Eine Entschließung des Werler Delegiertentages“ hieß es: „Aus Gründen der ökonomischen Zweckmäßigkeit und der sozialen Gerechtigkeit fordert die Deutsche Zentrumsparlei: Entprivatisierung großkapitalistischer Monopolbetriebe der Energiewirtschaft und wichtiger Grundstoffindustrien; Beibehaltung der privatwirtschaftlichen Unternehmungsform in allen übrigen Industrie- und Wirtschaftszweigen (...)“.<sup>39</sup>

Auf Seite 2 derselben Ausgabe wurde unter der Überschrift „Ordnung in Wirtschaft und Sozialpolitik“ eine Zusammenfassung des Werler Programms gegeben.

Unter dem Aspekt der „Existenzsicherung für weiteste Kreise“ fasste der Autor die wirtschaftspolitischen Grundsätze des Zentrumsprogramms zusammen. In Bezug auf die Eigentumsverteilung berichtete der Verfasser über „Klare und bedeutsame Wege (...)“, die den Missbrauch wirtschaftlicher Macht verhindern sollten, geht dann aber – wie im einleitenden Abschnitt schon angedeutet<sup>40</sup> – aus Platzmangel nicht im Einzelnen auf diese „klaren und bedeutsamen Wege“ ein.

Wichtiger als die Sozialisierung der Grundindustrien war zu diesem Zeitpunkt die Existenzsicherung der Bevölkerung durch Schaffung und Erhalt der Einkommensquellen, Erwerb von Wohn- und Bodeneigentum.<sup>41</sup>

Im Zusammenhang mit den im Werler Programm genannten Grundlagen der Sozial- und Wirtschaftspolitik des Zentrums ist ein Artikel in der „Rhein-Ruhr-Zeitung“ vom 26. September 1947 zu sehen.

H.A. Berning setzte sich in diesem Artikel unter der Schlagzeile „Der Nagel muss auf den Kopf getroffen werden!“ mit der ‚Entwicklung und Wandlung der Sozialdiskussion seit Ketteler‘ auseinander.

Er beginnt mit den politischen Vorstellungen des Bischofs, die dieser in einer Rede 1871 konzipiert hatte. In dieser Rede hatte Bischof Ketteler den Liberalismus wirtschaftlicher Prägung als überlebt bezeichnet und die Auffassung vertreten, dass die Auswüchse des Wirtschaftsliberalismus durch seinen weltanschaulichen Nachfolger, den Sozialismus

---

<sup>39</sup> „Sofortmaßnahmen für den kommunalen Notwinter gefordert“, in: „Neuer Westfälischer Kurier“ vom 19. November 1946, 1. Jahrgang 1946, Nr. 22, S. 1.

<sup>40</sup> Der Werler Delegiertentag der Deutschen Zentrumsparlei bekannte sich in geschlossener Einmütigkeit und begeistert zu einem wirtschafts- und sozialpolitischen Programm, dessen sachliche Gründlichkeit und Tiefe ebenso bewundernswert und bedeutend ist, wie seine souveräne Konzeption und Sicherheit der Formulierung. Leider können wir im Rahmen dieses Artikels aus Raumgründen nur die wesentlichen Partien dieses Dokuments herausstellen (...). in: „Neuer Westfälischer Kurier“, vom 19. November 1946, 1. Jahrgang 1946, Nr. 22, S. 4.

<sup>41</sup> ebenda.

aufgehoben werden würden. Die Aufgabe der Kirche sei es, die sozialpolitischen und zum Teil auch wirtschaftspolitischen Vorschläge des Sozialismus aufzugreifen und für ihre Verwirklichung zu sorgen.

Im weiteren Verlauf des Artikels kam der Verfasser über die wirtschafts- und sozialpolitischen Konzeptionen von Franz Hitze und Georg von Berthing zu den sozial- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen des Zentrums der Nachkriegszeit, die den Vorstellungen der Sozialdemokratie in weiten Zügen entsprachen.

Was die Deutsche Zentrumspartei vom Sozialismus noch scheidet, ist seiner Auffassung nach nur noch die naturrechtliche Auffassung vom Menschen und vom Staat.

Der Klassenkampfgedanke hat seine trennende Wirkung in Bezug auf eine mögliche Zusammenarbeit mit dem Zentrum verloren, seit religiöse und christliche Richtungen im Sozialismus mehr Einfluss als bisher erhalten. In diesem Zusammenhang nennt H.B. Berning den katholischen Sozialwissenschaftler und Pater Oswald von Nell Breuning S.J., der „zu einer positiveren Beurteilung der im Sozialismus beruhenden Möglichkeiten“ gelangt sei (und der 1958/59 auch an der Formulierung des Godesberger Programms der SPD beteiligt war, Anm. der Verfasserin). Zwar gebe es im Haushalt auf die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der beiden Parteien SPD und Zentrum noch Unterschiede, etwa in Bezug auf die Bejahung des wirtschaftlichen Machtprinzips, das das Zentrum auf allen wirtschaftlichen Ebenen ablehnt, ebenso wie den von der Sozialdemokratie befürworteten Zentralismus, doch sei es notwendiger „(...) an dem Abbau der liberalkapitalistischen Irrtümer und Fehler und an der Begründung einer Wirtschaftsgerechtigkeit für alle schaffenden Menschen mitzuarbeiten“, als sich in Programmen und Diskussionen gegenseitig zu befehlen.

#### **1.4.5. Zusammenfassung**

Das Zentrum befürwortete aufgrund der naturrechtlichen Parteikonzeption und aufgrund der päpstlichen Enzykliken „Rerum Novarum“ und „Quadragesimo Anno“ in der Nachkriegszeit eine eingeschränkte Sozialisierung bei Aufrechterhaltung des Prinzips des Privateigentums.

Zentraler Ausgangspunkt war der Mensch, der seine Persönlichkeit nur in einer kulturell geprägten Gesellschaft voll entwickeln könne. In diesem Rahmen sei eine Sozialisierung der unmenschlich anmutenden Großbetriebe geradezu eine Notwendigkeit, um dem Einzelnen einen personalen Bezug zu seinem Arbeitsplatz und seiner Arbeit erhalten zu können.

Die Sozialisierung, hier die Überführung der Großindustrien in überschaubare Betriebe in Gemeineigentum müsse aber vor dem Privateigentum des Einzelnen Halt machen.